

## ***Neuseelands Demokratie unter dem „deutschen“ Wahlsystem***

Patrick Köllner

Am 20. September 2014 wird in Neuseeland das Parlament neu gewählt; Premierminister John Key strebt hierbei eine dritte Amtszeit an. Es ist die siebte Wahl, die unter einem proporzorientierten Mischwahlsystem durchgeführt wird, welches bereits seit dem Jahr 1949 in ähnlicher Form auch in Deutschland Anwendung findet.

### **Analyse**

Das seit dem Jahr 1996 in Neuseeland verwendete proporzorientierte Mischwahlsystem hat sich bewährt. Besonderheiten der neuseeländischen Variante des Mischwahlsystems liegen in zusätzlichen speziellen Wahlkreisen für die indigene Bevölkerungsgruppe der Māori sowie der Möglichkeit für Parteien, bereits bei Gewinn eines Direktmandats mit vollem Stimmenanteil in das Parlament einzuziehen.

- Dem Willen der Regierung sind in der neuseeländischen Variante der Westminster-Demokratie nur wenige institutionelle Schranken gesetzt; umso wichtiger sind als demokratischer Kontrollmechanismus die spätestens alle drei Jahre stattfindenden Parlamentswahlen.
- Im Mittelpunkt des neuseeländischen Parteiensystems stehen weiterhin die sozialdemokratische Labour Party und die konservative National Party, die auch unter dem Mischwahlsystem ihren Status als „Volksparteien“ erfolgreich behaupten konnten.
- Die Spezifika des Wahlsystems machen es für kleinere Parteien einfacher, in das Parlament zu gelangen, was wiederum die wiederholte Bildung von vergleichsweise stabilen Minderheitsregierungen erleichtert hat.
- Der Frauenanteil im neuseeländischen Parlament ist unter dem Mischwahlsystem auf ein Drittel gestiegen und die Māori sind dort mittlerweile recht stark repräsentiert.
- Im September erhofft sich die seit dem Jahr 2008 regierende National Party den dritten Wahlsieg in Folge. Angesichts der positiven Entwicklung der Wirtschaft stehen die Chancen hierfür, trotz einiger jüngerer Skandale, nicht schlecht.

*Schlagwörter: Neuseeland, Demokratie, Mischwahlsystem, Parteien, Parlamentswahl*

## Wahlsystem in Neuseeland

Vor gut 20 Jahren sprach sich bei einer Volksabstimmung in Neuseeland eine knappe Mehrheit für die Einführung eines proporzorientierten Mischwahlsystems (engl.: Mixed Member Proportional System, kurz MMP) aus. Dieses Mischwahlsystem wurde im Jahr 1996 erstmals eingesetzt und löste damit das ab dem Jahr 1914 benutzte einfache Mehrheitswahlsystem (First Past the Post, FPP) ab, bei dem die Wahlregel der relativen Mehrheit im Wahlkreis gilt. Das Mehrheitswahlsystem hatte die beiden größten Parteien des Landes, das heißt seit dem Jahr 1936 die konservative National Party und die sozialdemokratische Labour Party, stark bevorteilt. Die Unzufriedenheit mit dem Wahlsystem war gewachsen, nachdem es der National Party in den Jahren 1978 und 1981 gelungen war, mit jeweils weniger als 40 Prozent der Stimmen eine Mehrheit der Sitze im Parlament zu erringen. Noch schwerer wog, dass die National Party damals mehr Mandate als die Labour Party einfuhr, obwohl Letztere jeweils insgesamt mehr Stimmen gewonnen hatte. Schließlich gingen bei diesen Wahlen nur ein bzw. zwei Mandate an eine zentristische dritte Partei, die Social Credit Party, obwohl diese Stimmanteile von 16 bzw. knapp 21 Prozent aufwies.

Kritik an dem Mehrheitswahlsystem speiste sich in der Folge auch aus der Unzufriedenheit vieler Wähler mit den radikalen neoliberalen Reformen, die zunächst von der ab dem Jahr 1984 regierenden Labour Party eingeleitet und später von der National Party weiterverfolgt worden waren. Angesichts des mehrheitsbildenden Wahlsystems spiegelte sich der Unmut über die Reformen aber kaum im Parlament wider. Die zunehmende Kritik an der „ungezügelter Macht“ der Regierungsparteien muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass es in der neuseeländischen Variante der Westminster-Demokratie keine verfassungsmäßig verankerten „Vetospiele“ wie eine zweite Parlamentskammer, autonome Gebietskörperschaften, ein Verfassungsgericht oder supranationale Instanzen gibt. Ein „Durchregieren“ ist daher leichter möglich als im Regierungssystem Deutschlands oder selbst Großbritanniens.

Versprechen der Labour und später auch der National Party, ein neues Wahlsystem zur Disposition zu stellen, mündeten schließlich im Jahr 1993 in zwei Referenden, von denen das zweite eine direkte Entscheidung zwischen FPP und der Alternative MMP bot. Während Befürworter des

Mehrheitswahlsystems die Vorteile einfacher Regierungsbildung sowie der klaren Zurechnung von Verantwortlichkeit betonten, führten Befürworter des proporzorientierten Wahlsystems an, dass dieses Gewähr für eine bessere Repräsentation verschiedener Interessen im Parlament böte. Schließlich sprach sich im November 1993 eine knappe Mehrheit (rd. 54 Prozent) für die Einführung des MMP aus.

Das MMP kombiniert Elemente der Verhältniswahl und Elemente der Mehrheitswahl miteinander. Wie aus Deutschland bekannt, verfügt jeder Wähler über zwei Stimmen. Mit der Erststimme werden in jedem der 70 Wahlkreise in Neuseeland einzelne Kandidaten gewählt. Der Kandidat mit den meisten Stimmen erhält das Mandat für diesen Wahlkreis als sogenanntes Direktmandat. Die Direktwahl einzelner Personen bildet die Mehrheitswahl-Komponente im Mischwahlsystem. Angesichts der Bevölkerungskonzentration auf der Nordinsel, insbesondere im Großraum Auckland, werden derzeit 47 Direktmandate im nördlichen Teil Neuseelands vergeben, 16 auf der Südinsel. Hinzu kommen als Spezifikum des neuseeländischen Wahl- und Repräsentationssystems spezielle Mandate für Angehörige der Volksgruppe der Māori, die seit dem Jahr 1867 eigene Vertreter in das Parlament wählen können. Die Māori (sowie Personen mit Māori-Vorfahren) dürfen sich seit dem Jahr 1975 entscheiden, ob sie sich in die allgemeine Wählerliste oder aber in die Māori-Wählerliste eintragen. Die Anzahl der speziellen Māori-Direktmandate hängt davon ab, wie viele Wähler sich für das Māori-Wahlregister entscheiden. Seit dem Jahr 2002 werden auf dieser Grundlage sieben Māori-Mandatsträger bestimmt (vgl. Taonui 2012).

Entscheidend für die Gesamtstärke der im Parlament vertretenen Parteien ist die Zweitstimme, mit der die Wähler nationale Parteilisten wählen.<sup>1</sup> Diese starke Gewichtung der Verhältniswahlkomponente im Mischwahlsystem Neuseelands (und auch Deutschlands) erklärt, warum dieses Wahlsystem den sogenannten proporzorientierten Mischwahlsystemen zugerechnet wird. Im Rahmen der sogenannten starren Listenwahl können die Wähler mit ihrer Zweitstimme nur eine Gesamtparteiliste wählen, aber nicht einzel-

<sup>1</sup> Anders als in Deutschland gibt es angesichts des unitaristischen Staatsaufbaus Neuseelands keine Landeslisten der Parteien, was das Auftreten von Überhangmandaten verringert, die dann entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate gewinnt als ihr nach der Proporz-Komponente des Wahlsystems zustehen.

ne Personen auf der Liste. Nach der Wahl werden, so es keine Überhangmandate gibt, die 120 Sitze im neuseeländischen Parlament auf diejenigen Parteien verteilt, die entweder mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen oder aber mindestens ein Direktmandat errungen haben (sogenannte Sperrklauseln). Wird ein solches Direktmandat gewonnen, können – je nach errungener Zweitstimmenzahl – auch mit weniger als fünf Prozent noch weitere Kandidaten einer Partei in das Parlament einziehen.<sup>2</sup> Sowohl die Māori-Wahlkreise als auch die zweite niedrigere Hürde in der neuseeländischen Variante des Mischwahlsystems machen es kleineren Parteien leichter, in das Parlament einzuziehen, als dies in Deutschland der Fall ist. Beide Besonderheiten erhöhen im Endeffekt die Deckungsgleichheit von Stimmenverhältnissen und parlamentarischen Sitzverhältnissen.<sup>3</sup> Tabelle 1 zeigt, wie sich die Disproportionalität von Stimmen und Sitzen durch die Einführung des MMP in Neuseeland verändert hat. Klar zu erkennen ist, dass die Abweichung von Stimmen- und Sitzverhältnissen markant zurückgegangen ist und dass die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien im Vergleich zur Zeit vor 1996 deutlich zugenommen hat.

**Tabelle 1: Stimmen-Sitz-Ungleichgewichte und Zahl der Parteien im neuseeländischen Parlament**

Wahl	Disproportionalität	Zahl der Parteien im Parlament
Ø 1946-1993	Ø 11,10%	Ø 2,4
1996	4,36%	6
1999	3,01%	7
2002	2,53%	7
2005	1,11%	8
2008	5,21%	7
2011	2,53%	8

Anm.: Disproportionalität erfasst die prozentuale Abweichung zwischen Stimmenanteilen und Sitzanteilen der Parteien.

Quelle: Wikipedia o.J., eigene Berechnungen.

<sup>2</sup> In Deutschland liegt diese alternative Hürde bei drei Direktmandaten.

<sup>3</sup> In vier Fällen zogen zwischen den Jahren 1996 und 2011 Parteien mit weniger als fünf Prozent Stimmenanteil in das Parlament ein, weil sie Māori-Wahlkreise gewinnen konnten, und in sechs Fällen konnten kleinere Parteien Kandidaten auf ihren Listen in das Parlament bringen, weil sie in einem allgemeinen Wahlkreis erfolgreich waren (Nagel 2012: 9).

Im Parlament waren im Juni 2014 neben der National Party (59 Sitze) und der Labour Party (34) noch sechs weitere Parteien vertreten: die Grünen (14),<sup>4</sup> die nationalistisch orientierte New Zealand First (7), die im Jahr 2004 gegründete Māori Party (3), die im Jahr 2011 von ihr abgespaltene Mana Party (1), die neoliberale ACT (1)<sup>5</sup> und die moderate United Future (1).

## Das neuseeländische Parteiensystem

Bemerkenswert ist mit Blick auf die Entwicklung des neuseeländischen Parteiensystems, dass es Labour und National Party trotz des Aufkommens neuer Parteien und deren stärkerer Vertretung im Parlament gelungen ist, ihre dominante Stellung auch unter dem Mischwahlsystem zu erhalten, ja sogar wieder zu stärken. Galt das neuseeländische Parteiensystem in den Jahrzehnten vor und nach dem 2. Weltkrieg als das vielleicht am deutlichsten ausgeprägte Zweiparteiensystem weltweit – zusammengenommen waren Stimmanteile der beiden großen Parteien von über 90 Prozent die Regel –, schwächte sich, zumindest stimmenbezogen, dieses Duopol ab den 1970er Jahren mit dem Aufkommen von Social Credit und anderer Parteien schrittweise ab, bis im Jahr 1993 fast ein Drittel der neuseeländischen Wähler für andere Parteien als für National und Labour stimmte. Unter dem MMP ging der Stimmenanteil der beiden großen Parteien zunächst weiter zurück und erreichte bei der Parlamentswahl im Jahr 2002 einen Tiefpunkt von 62 Prozent (Miller 2010: 159-161; siehe auch Tabelle 2). Seither ist es jedoch National und Labour gelungen, ihren Stimmenanteil wieder zu erhöhen; bei der letzten Parlamentswahl im Jahr 2011 stimmten knapp 75 Prozent der neuseeländischen Wähler für die beiden großen Parteien. Neuseeländische Politikwissenschaftler erklären dieses Phänomen der anhaltenden, ja wieder wachsenden Stärke der beiden Volksparteien mit der nur schwachen und eher noch abnehmenden Bedeutung gesellschaftlicher Konfliktlinien in Neuseeland sowie dem Versagen der meisten kleineren Parteien, eigene Profile zu entwickeln (Miller und Curtin 2011).

<sup>4</sup> Green Party of Aotearoa/New Zealand, kurz: Green Party. Aotearoa, gemeinhin als „Land der langen weißen Wolke“ übersetzt, ist die bekannteste Bezeichnung der Māori für Neuseeland.

<sup>5</sup> Ausgesprochen als Wort, nicht als Abfolge der Initialen, die für die 1993 gegründete Association of Consumers and Taxpayers stehen, aus welcher die Partei 1994 hervorgegangen ist.

**Tabelle 2: Stimmanteile und Sitze der Parteien bei den Wahlen 1996 bis 2011**

Partei	Stimmanteil/ Sitze 1996	Stimmanteil/ Sitze 1999	Stimmanteil/ Sitze 2002	Stimmanteil/ Sitze 2005	Stimmanteil/ Sitze 2008	Stimmanteil/ Sitze 2011
National	34/44	31/39	21/27	39/48	45/58	47/59
Labour	28/37	39/49	41/52	41/50	34/43	27,5/34
NZ First	13/17	4/5	10/13	6/7	4/0	7/8
Alliance	10/13	8/10	1/0			
Grüne		5/7	7/9	5/6	7/9	11/14
United Future	1/1	1/1	7/8	3/3	1/1	1/1
Māori Party				2/4	2/5	1/3
Progressives			2/2	2/1	1/1	
ACT	6/8	7/9	7/9	2/2	4/5	1/1
Mana Party						1/1
Gesamt-sitze	120	120	120	121	122	121

Anm.: Unterschiedliche Gesamtsitzzahlen wegen Überhangmandaten bei den Wahlen in den Jahren 2005 bis 2011. Die Grünen traten im Jahr 1996 als Teil der Alliance an. Die Progressives gingen 2002 aus der Alliance hervor.

Quelle: New Zealand Electoral Commission, zitiert nach Miller (2010: 162); Johansson und Levine (2012: 55).

### Neuseelands Demokratie im Zeitalter des proporzorientierten Mischwahlsystems

Unter dem Strich hat sich unter dem MMP in Neuseeland ein nur moderat fragmentiertes Mehrparteiensystem mit den beiden großen Parteien im Kern etabliert und gefestigt.<sup>6</sup> In diesem Parteiensystem bilden National und Labour die beiden „Ankerparteien“, die sich an der Regierung abwechseln (National war bis zum Jahr 1999 an der Regierung und ist es wieder seit 2008, Labour regierte zwischen den Jahren 1999 und 2008). Keiner anderen Partei ist es bisher unter dem Mischwahlsystem gelungen, mehr als 13 Prozent der Stimmen und 17 der im Regelfall 120 Parlamentssitze zu erringen. Die meisten der seit dem Jahr 1996 im Parlament vertretenen kleineren Parteien haben nur über sehr wenige Mandatsträger verfügt (siehe auch Tabelle 2).

<sup>6</sup> Für die Festigung des Parteiensystems spricht auch der deutliche Rückgang des Wechsels von Mandatsträgern von einer Partei zur anderen (sogenanntes „floor crossing“, in Neuseeland auch als „waka hopping“ bezeichnet; waka ist das Māori-Wort für Kanu, siehe Martin 2012), der noch in den späten 1990er Jahren stärker ausgeprägt war.

### Besonderheiten der Regierungsbildung

Weder Labour noch National Party haben es unter dem MMP bisher geschafft, allein eine Mehrheit im Parlament zu erringen. Doch ist es den beiden großen Parteien immer gelungen, Partner für die Bildung einer Regierung zu finden – dies entweder im Rahmen genuiner Koalitionen (National-New Zealand First-Koalition 1996-1998 mit eigener Mehrheit und Labour-Alliance-Koalition 1999-2002 als Minderheitsregierung) oder aber auf Basis sogenannter Confidence-and-Supply Agreements. Derartige Abkommen fixieren schriftlich die Unterstützung der Regierungspartei durch kleinere Partner bei parlamentarischen Vertrauensfragen (durch das Stimmen für die Regierung oder zumindest Enthaltung; die „Confidence“-Komponente) und bei Abstimmungen über Haushaltsfragen (die Supply-Komponente). Confidence-and-Supply Agreements hat es seit der Regierungszeit von Premierministerin Helen Clark (1999-2008) immer wieder gegeben; spätestens seit dem Jahr 2002 gehören sie zum Standardrepertoire bei Regierungsbildungen in Neuseeland. Auch die aktuell regierende National Party stützt sich auf derartige Abkommen mit der United Future und der Māori Party (sowie bis Juni 2014 auch mit der ACT). Im Gegenzug

für ihre Unterstützung werden die kleineren Parteien regelmäßig konsultiert, erhalten Zugeständnisse (oder Haushaltstitel) in Fragen der materiellen Politik, die für sie besonders wichtig sind, und sind oftmals auch mit Ministern in der Regierung vertreten.<sup>7</sup>

### *Parlamentarische Repräsentation von Frauen und Māori*

Die Einführung des Mischwahlsystems hat sich auch auf die Zusammensetzung des Parlaments ausgewirkt, in dem heute Frauen und Vertreter ethnischer Minderheiten deutlich besser vertreten sind als dies zuvor der Fall war. Im Jahr 1893 hatte Neuseeland als erstes Land Frauen das allgemeine passive Wahlrecht zugestanden. Ab dem Jahr 1919 durften Frauen auch selbst für das Parlament kandidieren. Trotzdem sind Frauen im neuseeländischen Parlament über die längste Zeit sehr stark unterrepräsentiert gewesen. So waren bis zum Jahr 1970 erst elf Frauen in das Parlament gewählt worden. Ab den 1980er Jahren nahm dann schließlich die Anzahl der weiblichen Mandatsträger deutlich zu. Die Einführung des MMP verlieh dieser Entwicklung einen weiteren Schub und bei den Wahlen in den Jahren 2005 bis 2011 pendelte sich der Anteil der weiblichen Mandatsträger bei rund einem Drittel ein.<sup>8</sup> Dies entspricht dem Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag, liegt aber weiterhin deutlich unter dem weiblichen Bevölkerungsanteil von rund 51 Prozent in Neuseeland. Obgleich auch und gerade die Parteienlisten genutzt worden sind, um mehr Frauen in das Parlament zu entsenden, haben die beiden großen Parteien die Listen vor allem dazu genutzt, um Direktkandidaten abzusichern (Doppelkandidaturen sind in Neuseeland erlaubt).<sup>9</sup> Die Labour Party hat sich allerdings zum Ziel gesetzt, den Anteil ihrer weiblichen Abgeordneten von derzeit 41 Prozent auf 45 Pro-

zent nach der Parlamentswahl im Jahr 2014 und auf 50 Prozent im Jahr 2017 zu erhöhen (Small 2013).

Besonders gut vertreten im Parlament sind mittlerweile die Māori. Auch hierzu hat das Mischwahlsystem beigetragen. Wie erwähnt, sind derzeit sieben Direktmandate den Māori vorbehalten. Im Jahr 1975 wurde es den Māori ermöglicht, auch in den anderen Wahlkreisen zu kandidieren. Sechzig Jahre lang, bis zur Wahl im Jahr 1996, bestand eine enge Kopplung zwischen dem Wählerverhalten und der parlamentarischen Repräsentation der Māori einerseits und ihrer Unterstützung für die Labour Party andererseits (Miller 2010: 165-166). Unter dem MMP haben aber auch verstärkt andere Parteien, vor allem die New Zealand First, die Grünen sowie die Māori-Partei, Wähler dieser ethnischen Gruppe angesprochen, nicht zuletzt indem sie auf ihren Parteilisten Māori prominent platzierten.

Neben den sieben Direktmandatsträgern konnten im Jahr 2011 noch drei weitere Māori, die für die National Party kandidierten, in anderen Wahlkreisen gewinnen und elf weitere Māori zogen über Parteilisten in das Parlament ein (Johansson und Levine 2012: 59). Die 21 Abgeordneten stellten damit gut 17 Prozent der Parlamentarier, was über dem Bevölkerungsanteil der Māori in Neuseeland liegt, der laut Volkszählung im Jahr 2013 knapp 15 Prozent beträgt. Anders als Frauen sind damit Māori mittlerweile im neuseeländischen Parlament „überrepräsentiert“, was auch in die immer wieder einmal aufkommende Debatte um eine Abschaffung der speziellen Māori-Wahlkreise (vgl. Tanonui 2012) mit hineinspielt. Deutlich besser als vor der Einführung des Mischwahlsystems sind inzwischen auch Angehörige anderer ethnischer Minderheiten im Parlament vertreten; so zogen im Jahr 2011 sechs Kandidaten mit Herkunft von den Pazifischen Inseln (sogenannte Pasifika) sowie fünf asiatischstämmige Kandidaten in das Parlament in Wellington ein (Johansson und Levine 2012: 59).<sup>10</sup>

7 Minister aus den Reihen der Unterstützerparteien firmieren dabei immer als „Minister außerhalb des Kabinetts“, die nur an Kabinettsitzungen teilnehmen, wenn sie hierzu vom Premierminister aufgefordert werden. Ansonsten haben sie aber die gleichen Pflichten und Verantwortlichkeiten wie ihre Kollegen im Kabinett (Eichbaum 2012). In der aktuellen Regierung gibt es acht derartige Minister außerhalb des Kabinetts, darunter drei, die den „Unterstützerparteien“ angehören.

8 Frauen haben zudem verschiedentlich höchste Ämter in Politik und Justiz Neuseelands bekleidet, darunter die Premiers Jennifer Shipley (1997-1999) und Helen Clark.

9 Bei den neuseeländischen Grünen wird die Parteiliste durch Urwahl bestimmt.

10 Laut Volkszählung im Jahr 2013 machen Personen, die sich selbst als Pasifika oder aber aus Asien stammend identifizieren, sieben bzw. zwölf Prozent der neuseeländischen Bevölkerung aus. Diese ethnischen Gruppen sind jedoch de facto recht divers und zumindest als kollektive Akteure politisch deutlich weniger aktiv als die Māori.



Die neuseeländische Variante des proporzorientierten Mischwahlsystems hat sich aus demokratiethoretischer Perspektive bewährt. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der amerikanische Politikwissenschaftler Jack H. Nagel in einer jüngeren Studie (Nagel 2012). Nagel unterzieht die Ergebnisse, welche das Wahlsystem seit dem Jahr 1996 hervorgebracht hat, vier demokratischen „Leistungsprüfungen“. Erstens fragt Nagel, ob die seit her regierenden Parteien die Mehrheit der Wähler vertreten haben. Nagel zeigt, das auch die kleinsten Regierungsmehrheiten seit dem Jahr 1996, das heißt National oder Labour plus ein notwendiger Partner, durchschnittlich von fast genau 50 Prozent der Wähler gewählt worden sind. Damit schneidet das MMP besser als das alte Mehrheitswahlsystem ab, unter dem dieser Anteil in den sechs Wahlen bis einschließlich 1993 lediglich bei rund 42 Prozent gelegen hatte. Mit anderen Worten: Das Mischwahlsystem hat im Ergebnis den Wählerwillen besser wiedergespiegelt.

Zweitens fragt Nagel, ob die Regierungen seit dem Jahr 1996 auch vom Medianwähler, also dem „Wähler der Mitte“, unterstützt worden sind. Mit Blick auf das für Wähler besonders wichtige wirtschaftspolitische Profil der Parteien kommt er dabei zu dem Ergebnis, dass die jeweiligen Parteien des Medianwählers unter dem MMP bisher immer entweder direkt, als Senior- oder Juniorpartner in einer Koalition, oder aber indirekt, als Unterstützerpartei, an der Regierung beteiligt gewesen sind. Bei den letzten sechs Wahlen unter dem alten Mehrheitswahlsystem war dies hingegen keinmal der Fall gewesen.

Drittens fragt Nagel, ob es unter dem Mischwahlsystem in Neuseeland Parteien gibt, die ständig in der Opposition oder aber an der Regierung sind. Beides wäre schlecht für die Demokratie. Unter dem MMP sind aber alle im Parlament vertretenen Parteien mindestens einmal direkt oder indirekt an der Regierung beteiligt gewesen. Unter dem alten Wahlsystem war dies nicht so, wie schon der Fall der Social Credit Party (siehe oben) zeigt.

Viertens schließlich fragt Nagel, ob es kleinere Parteien, die unter dem MMP oftmals und in Neuseeland bisher immer als Mehrheitsbeschaffer notwendig (gewesen) sind, geschafft haben, ihr entsprechendes „Erpressungspotenzial“ in extreme oder unpopuläre Politiken, die nicht von einer

Mehrheit unterstützt werden, zu übersetzen. Nagel kommt zu dem Ergebnis, dass es den Regierungen seit dem Jahr 1996 gewöhnlich gelungen ist, keinen derartig hohen Preis für Unterstützung zu bezahlen. Auch in dieser Hinsicht kann also eine positive Leistungsbilanz des MMP in Neuseeland attestiert werden. Das heißt allerdings nicht, dass proporzorientierte Mischwahlsysteme grundsätzlich Mehrheitswahlsystemen überlegen sind: Viel hängt zum einen vom Blickwinkel des Betrachters und zum anderen von den Spezifika des jeweiligen Mischwahlsystems wie auch der Parteienlandschaft ab. Mit Blick auf letztgenannte Faktoren ist Neuseeland allerdings bislang gut gefahren. So haben sowohl die speziellen Māori-Wahlkreise als auch die Ein-Direktmandat-Hürde es seit dem Jahr 1999 mehrfach kleineren Parteien ermöglicht, in das Parlament einzuziehen (siehe dazu Nagel 2012: 9). Hinzu kommt, dass die bestehenden kleineren Parteien in Neuseeland eher gemäßigt sind und mithin auch alle als Partner für die beiden großen Parteien infrage kommen. Die damit vergrößerte Auswahlmöglichkeit der beiden „Volksparteien“ hat substantiell zur Stabilität von Regierungen und damit zur Gesundheit der Demokratie in Neuseeland unter dem Mischwahlsystem beigetragen.

#### **Ausblick auf die Parlamentswahl 2014**

Im September 2014 dürfen Neuseelands Wähler ein neues Parlament wählen. Parlamentswahlen finden in Neuseeland spätestens alle drei Jahre statt, was angesichts des Fehlens weiterer formaler Kontrollinstanzen der Regierung angemessen erscheint. Wie in anderen Westminster-Demokratien kann der Premier vorzeitig eine Parlamentswahl einberufen, um zu versuchen, sich ein neues Mandat zu verschaffen und/oder die Opposition (wie auch manchmal die eigenen „Parteifreunde“) zu überraschen. Premierminister John Key hat sich jedoch bereits im März freiwillig die Hände gebunden, und den 20. September 2014 als Wahltermin festgelegt. Einige Wähler werde diese Selbstbeschränkung sicherlich wertschätzen. Allgemein ist der seit dem Jahr 2008 regierende, volksnahe Premier weiterhin sehr populär. Bei der letzten Umfrage im Mai 2014 sprachen sich fast 49 Prozent für Key als bevorzugten Premierminister aus, nur gut 13 Prozent nannten Labour-Führer David Cunliffe. Und auch die Labour Party selbst lag mit knapp

30 Prozent Zustimmung deutlich hinter der National Party mit knapp 48 Prozent (Watkins 2014).

Key ist aus einer Serie von Skandalen in den beiden letzten Jahren, unter anderem zu den Abhöraktivitäten des Inlandsgeheimdienstes sowie zu den Verquickungen zwischen einzelnen Abgeordneten der National Party und Unternehme(r)n, weitgehend schadlos hervorgegangen, sodass er bereits den Ruf eines „Teflon-Premiers“ hat. Für die Regierung allgemein spricht neben der guten Haushaltslage nicht zuletzt die positive Entwicklung der Wirtschaft des Landes in den letzten Jahren, die auch von der hohen Nachfrage Chinas nach land- und forstwirtschaftlichen Produkten profitiert hat. Von der Opposition auf das Tapet gebrachte Themen wie die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen oder steigende Hauspreise haben bisher nicht wie gewünscht gezündet. Von großer Bedeutung wird in jedem Fall sein, wie die kleineren Parteien bei der Wahl abschneiden werden.<sup>11</sup> Dass trotz der Spezifika des Mischwahlsystems Wahlergebnisse möglich sind, die nur zur Präsenz weniger Parteien im Parlament führen, hatte die Wahl im Jahr 1996 gezeigt, bei der nur vier kleinere Parteien in das Parlament einziehen konnten und die New Zealand First unter dem Populisten Winston Peters zum Königsmacher avancierte. Die letztlich mit der National Party eingegangene Koalition erwies sich als problembehaftet und scheiterte schon nach zwei Jahren. Zum Glück für Neuseelands Demokratie sind derartig instabile Regierungen unter dem proporzorientierten Mischwahlsystem aber bisher untypisch geblieben.

## Literatur

Eichbaum, Chris (2012), Cabinet Government, in: *Te Ara - The Encyclopedia of New Zealand*, 9. November, online: <[www.TeAra.govt.nz/en/cabinet-government](http://www.TeAra.govt.nz/en/cabinet-government)> (25. März 2014).

Johansson, Jon, und Stephen Levine (2012), Making New Zealand a Better Country? The 2011 Election and Referendum, in: Jon Johansson und Stephen Levine (Hrsg.), *Kicking the Tyres: The New Zealand General Election and Electoral Referendum*

<sup>11</sup>Als neu gegründete Partei wird die Internet Party des in Neuseeland lebenden deutschen Internet-Unternehmers Kim Schmitz (alias Kim Dotcom) antreten, dessen Auslieferung die Vereinigten Staaten fordern. In den USA werden ihm im Zusammenhang mit seiner im Jahr 2012 geschlossenen Download-Plattform Unterschlagung, Geldwäsche und umfangreiche Urheberrechtsverletzungen vorgeworfen.

of 2011, Wellington: Victoria University Press, 31-64.

Martin, John E. (2012), Parliament, in: *Te Ara - The Encyclopedia of New Zealand*, 9. November, online: <[www.teara.govt.nz/en/parliament](http://www.teara.govt.nz/en/parliament)> (9. Mai 2014).

Miller, Raymond (2010), New Zealand's Transformed Party System, in: Luc Sindjoun, Marian Simms und Kay Lawson (Hrsg.), *Political Parties and Democracy, Vol. IV: Africa and Oceania*, Santa Barbara: Praeger, 155-176.

Miller, Raymond, und Jennifer Curtin (2011), Counting the Costs of Coalition: The Case of New Zealand's Minor Parties, in: *Party Politics*, 63, 1, 106-125.

Nagel, Jack H. (2012), Evaluating Democracy in New Zealand under MMP, in: *Policy Quarterly*, 8, 2, 3-11.

Small, Vernon (2013), Labour's Gender Quota Gets Go-ahead, 3. November, online: <[www.stuff.co.nz/national/politics/9357211/Labours-gender-quota-gets-go-ahead](http://www.stuff.co.nz/national/politics/9357211/Labours-gender-quota-gets-go-ahead)> (10. Juni 2014).

Taonui, Rawiri (2012), Ngā māngai – Māori representation, in: *Te Ara - the Encyclopedia of New Zealand*, updated 3. Juli, online: <[www.teara.govt.nz/en/nga-mangai-maori-representation](http://www.teara.govt.nz/en/nga-mangai-maori-representation)> (10. Juni 2014).

Watkins, Tracy (2014), *National Has No Need to Pull Rabbits Out of Hat*, 14. Mai, online: <[www.stuff.co.nz/business/budget-2014/10041025/National-has-no-need-to-pull-rabbits-out-of-hat](http://www.stuff.co.nz/business/budget-2014/10041025/National-has-no-need-to-pull-rabbits-out-of-hat)> (30. Mai 2014).

Wikipedia (o.J.), *Electoral Reform in New Zealand*, online: <[http://en.wikipedia.org/wiki/Electoral\\_reform\\_in\\_New\\_Zealand](http://en.wikipedia.org/wiki/Electoral_reform_in_New_Zealand)> (3. Juni 2014).

## ■ Der Autor

Prof. Dr. Patrick Köllner ist Direktor des GIGA Instituts für Asien-Studien. Er hielt sich zu Forschungszwecken im ersten Halbjahr 2013 am Department of Politics der University of Otago, Neuseeland, auf.  
E-Mail: <patrick.koellner@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/köllner>

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ haben sich seit der Gründung des FSP immer wieder mit politischen Parteien und Wahlen in verschiedenen Weltregionen sowie im überregionalen Vergleich beschäftigt. Besondere Aufmerksamkeit hat dabei Parteien im subsaharischen Afrika und in verschiedenen Teilen Asiens, dem Phänomen innerparteilicher Machtgruppen sowie dem Thema der gesellschaftlichen Verankerung politischer Parteien gegolten.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias, und Alexander Stroh (2011), Do Party Systems Make Democracy Work? A Comparative Test of Party System Characteristics and Democratization in Francophone Africa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4, 1, 173-200.

Basedau, Matthias, Gero Erdmann, Jann Lay und Alexander Stroh (2011), Ethnicity and Party Preferences in Sub-Saharan Africa, in: *Democratization*, 18, 2, 462-489.

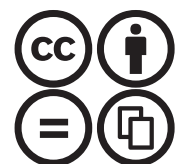
Elischer, Sebastian (2013), *Political Parties in Africa. Ethnicity and Party Formation*, New York: Cambridge University Press.

Koellner, Patrick (2014), Informal Institutions in Autocracies: Analytical Perspectives and the Case of the Chinese Communist Party, in: Aurel Croissant, Steffen Kailitz, Patrick Koellner und Stefan Wurstler (Hrsg.), *Comparing Autocracies in the Early Twenty-First Century*, Vol. 1, London und New York: Routledge, 84-102.

Koellner, Patrick (2014), From Would-be 'Third Force' to Governing Party: The Triumph and Problems of the Democratic Party of Japan, in: Ronald J. Hrebendar und Akira Nakamura (Hrsg.), *Party Politics in Japan: Political Chaos and Stalemate in the 21st Century*, London und New York: Routledge (im Erscheinen).



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM